

**Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Fristverlängerung Punkt 3**

Der Stadtrat hat am 1. Februar 2018 mit SRB 2018-48 die Motion Fraktion BDP/CVP abgelehnt und Punkt 3 als Postulat erheblich erklärt.

**Antrag**

Der Gemeinderat wird aufgefordert, die gesetzlichen Grundlagen zu schaffen, dass:

1. Elektrofahrzeuge Busspuren benutzen dürfen
2. Elektrofahrzeuge kostenlos auf öffentlichen Parkplätzen stehen dürfen und
3. Mittelstandsbetriebe, die ihre Lieferfahrzeuge auf Elektrofahrzeuge umstellen, städtische Parkkarten/Parkausweise für Gewerbebetriebe befristet auf fünf Jahre kostenlos erhalten.

**Begründung**

Um die Neuanmeldung von Elektrofahrzeugen – die Zukunft der Mobilität – stärker voranzutreiben, ist es notwendig, Anreize dafür zu schaffen, wie es Norwegen äusserst erfolgreich vorzeigt. Mit einem Massnahmenbündel, das die im Antrag enthaltenen Forderungen beinhaltet, gelang es dem skandinavischen Land, das bisher als Autoland nicht in Erscheinung trat, dem restlichen Europa den Weg hin zu mehr Elektromobilität zu zeigen.

In Norwegen gibt es, prozentual gesehen, die meisten Elektroautos in Europa. Und auch bei den Neuanmeldungen dieser Fahrzeuggattung führt das Land die Statistik an: Im November 2013 wurden 1434 Elektroautos neu angemeldet – das entspricht 11,9% aller Neuzulassungen in diesem Monat. Während in Norwegen bereits 17'000 Elektroautos auf den Strassen unterwegs sind, waren es 2013 in der Schweiz gerade einmal 2683 Elektroautos und 34'834 Hybrid-Autos – von insgesamt 6'091'563 Fahrzeugen.

Während sich der Bund noch schwer tut mit Massnahmen zur Förderung der Elektromobilität, kann die Stadt Bern einmal mehr ihre herausragende Rolle als innovative Metropole unter Beweis stellen.

Bern, 07. Mai 2015

*Erstunterzeichnende: Michael Daphinoff, Martin Schneider*

*Mitunterzeichnende: Philip Kohli, Lionel Gaudy, Claudio Fischer, Pascal Rub, Matthias Stürmer, Lukas Gutzwiller*

**Bericht des Gemeinderats**

Langfristiges Ziel des Gemeinderats ist es, die Mobilität in der Stadt Bern stadtverträglich und klimaneutral zu gestalten. Dabei soll der Anteil umweltfreundlicher Verkehrsformen am Gesamtverkehrsaufkommen gesteigert und eine weitere Verlagerung des motorisierten Verkehrs auf den öffentlichen Verkehr sowie den Fuss- und Veloverkehr erreicht werden.

Wie der Gemeinderat in seiner am 12. Mai 2015 verabschiedeten Energie- und Klimastrategie 2025 Stadt Bern festgehalten hat, tragen Elektrofahrzeuge dann zu einer Verbesserung der Umwelt- und Lebensqualität bei, wenn durch sie ein realer Ersatz von benzin- und dieselbetriebenen Fahrzeugen erreicht wird und die Stromproduktion mit erneuerbarer Energie erfolgt. In der Energie und Klimastrategie hat der Gemeinderat deshalb u.a. das Ziel formuliert, die Effizienz der Fahrzeuge und den Einsatz erneuerbarer Energien zu steigern: Mit einer Steigerung der Energieeffizienz und dem Ein-

satz erneuerbarer Energien soll im Jahr 2025 der fossile Treibstoffverbrauch gegenüber 2008 um 30 Prozent gesenkt werden. Zur Zielerreichung sollen beispielsweise Anreize für die private Beschaffung von emissionsarmen Fahrzeugen geschaffen und dafür geeignete Massnahmen umgesetzt werden. Dabei können das Bereitstellen von Parkplätzen für Elektrofahrzeuge und öffentliche (Schnell-)Ladestationen einen wichtigen Beitrag leisten, damit die Elektromobilität insgesamt als leistungsfähig akzeptiert wird. Die Massnahmen müssen nach Auffassung des Gemeinderats jedoch so ausgestaltet werden, dass Fehlanreize und unerwünschte Effekte ausbleiben. Beispielsweise muss ein höherer Motorisierungsgrad bei Privatpersonen durch die direkte Förderung von Elektroautos zwingend vermieden werden.

Diese Grundhaltung des Gemeinderats deckt sich im Wesentlichen mit den Ansätzen, welche die Städtekonferenz Mobilität bereits in ihrem Positionspapier «Elektromobilität: Positionen der Städtekonferenz Mobilität» vom September 2013 ausgeführt hat. Darin sind Beispiele von möglichen Massnahmen aufgeführt, die auch ins Stadtentwicklungskonzept STEK 2016 eingeflossen sind: Mobilitätsmanagement, Elektrofahrzeuge bei Car-Sharing und in der stadt-eigenen Flotte, Mobilitätsdrehscheiben an strategisch wichtigen Orten mit Veloverleihsystem, E-Bike Aufladestationen, Car-sharingstandorten usw. Zudem hat der Gemeinderat in seiner Eignerstrategie ewb von 2016 festgehalten, dass ewb auch im Bereich der Elektromobilität Infrastrukturdienstleisterin werden soll. Hierzu kann die Unterstützung mit Ladeinfrastruktur ebenso gehören wie Geschäftsmodelle zur systemdienlichen Steuerung von Lade- und Entladezeiten.

Auf städtischer Ebene stehen neben kleineren Massnahmen drei wichtige Einzelschritte für die Förderung der Elektromobilität an: Einerseits hat BERNMOBIL Ende 2018 auf der Linie 17 einen Pilotversuch mit vollelektrisch betriebenen E-Bussen aufgenommen und plant 2019 die Beschaffung weiterer E-Busse. Der Gemeinderat und BERNMOBIL beabsichtigen, die öV-Flotte bis 2040 ausschliesslich mit Energie aus erneuerbaren Quellen zu betreiben. Andererseits hat der Gemeinderat am 19. September 2018 den Grundsatzentscheid gefällt, dass am 22. Juni 2019 der Swiss E-Prix 2019 in der Stadt Bern (Obstbergquartier) durchgeführt werden kann. Der Gemeinderat erkennt in der Durchführung dieser Veranstaltung grosses Potential, um dem Diskurs rund um ökologische Mobilität und neue Technologien zusätzlich Auftrieb zu verleihen. Gleichzeitig wurde die Veranstalterin verpflichtet, ein nachhaltiges Rahmenprogramm zum Thema Elektromobilität zu realisieren. Die Verwaltung steht zurzeit diesbezüglich unter Federführung der Direktion für Sicherheit, Umwelt und Energie in Kontakt mit der Veranstalterin. Schliesslich wird voraussichtlich im ersten Quartal 2019 das ewb-Pilotprojekt mit E-Ladestationen im öffentlichen Raum starten, an welchem auch diverse städtische Fachstellen mitwirken. Konkret werden an der Hallerstrasse, Schosshaldenstrasse und Schwabstrasse frei zugängliche E-Ladestationen eingerichtet. Diese drei Pilot-Ladestationen kommen damit in jenen drei Parkkartenzonen zu liegen, die gemäss Auskunft des kantonalen Strassenverkehrsamts die höchste Anzahl an Fahrzeugen mit Ladebedarf aufweisen.

Auch auf Bundesebene ist die Elektromobilität ein wichtiges Thema. Der Bundesrat hat am 13. Mai 2015 seinem «Bericht in Erfüllung der Motion 12.3652. Elektromobilität. Masterplan für eine sinnvolle Entwicklung» vorgelegt. Darin sieht der Bundesrat für die Schweiz ein umfangreiches Massnahmenpaket vor, insbesondere im Bereich Energieforschung, Pilot- und Demonstrationsprojekte, Information und Beratung, Vorbildfunktion, Koordination und Planung Ladeinfrastruktur, Verzicht auf Beteiligung des e-MIV an der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur bis 2020. Daneben führt er weitere, nicht prioritäre Handlungsfelder auf, die im Aufgabenbereich des Bundes liegen. Ferner setzt der Bund auf Push-Massnahmen wie z.B. die Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsvorschriften für Personenwagen. Der Ansatz des Bundes ist durchaus mit der im vorliegenden Vorstoss erwähnten Strategie von Norwegen vergleichbar. Weiter haben Ende 2018 auf Einladung der ehemaligen Bundesrätin Doris Leuthard Vertreterinnen und Vertreter der Automobil-, Elektrizitäts-, Immobilien- und Fahrzeugflottenbranche und deren Verbände sowie Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Kantonen, Städten und Gemeinden eine gemeinsame Roadmap zur Förderung der Elektromobilität

unterzeichnet. Ziel dieser Roadmap ist, den Anteil der Elektrofahrzeuge an den Neuzulassungen von Personenwagen bis 2022 auf 15 Prozent zu erhöhen. Heute liegt dieser Marktanteil erst bei 2,7 Prozent.

Parallel zum vorliegenden Vorstoss sind drei weitere Vorstösse<sup>1</sup> zur Förderung der Elektromobilität hängig. Das städtische Parkierungskonzept – dessen Vernehmlassung bis im Frühjahr 2019 ausgewertet wird – enthält im Entwurf das Massnahmenpaket «Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge», das gestützt auf die Stossrichtungen der vorliegenden Vorstösse Folgendes vorsieht:

- Vorschriften im Rahmen von Überbauungsordnungen, Baurechtsverträgen und in der Bauordnung für das Erstellen von privater Ladeinfrastruktur;
- Prüfen von Anreizen zum Nachrüsten bestehender privater Parkieranlagen mit Ladestationen;
- Bereitstellen von Flächen im öffentlichen Raum für ergänzende Ladeinfrastruktur, als Ergänzung der Angebotsentwicklung auf privatem Grund. Voraussetzung ist, dass der Strom CO2-frei produziert wird. Zurzeit wird von einem Bedarf von 300 Ladestationen im öffentlichen Raum bis 2025 ausgegangen (erste grobe Schätzung basierend auf Berechnungen für die Stadt Basel);
- Prüfen von befristeten und kostenlos abzugebenden Anwohner- und Gewerbeparkkarten für E-Fahrzeuge.

Die zuständigen städtischen Stellen werden sich in den kommenden Monaten zusammen mit Energie Wasser Bern den mit der Förderung der Elektromobilität zusammenhängenden Fragen vertieft annehmen. Gestützt darauf wird sich zeigen, ob die in den erwähnten Vorstössen enthaltenen Massnahmenvorschläge oder allenfalls andere Ansätze zielführend sind, dies auch unter Berücksichtigung des Leitfadens des Bundesamts für Energie «Elektromobilität für Gemeinden» sowie der dargelegten strategischen Vorgaben der Stadt Bern. Der Gemeinderat beantragt vor diesem Hintergrund eine Fristverlängerung für die Vorlage des Prüfungsberichts zu Punkt 3 bis Mitte 2020.

#### *Folgen für das Personal und die Finanzen*

Der Aufwand für die anstehenden konzeptionellen Arbeiten wird auf mehrere Zehntausend Franken geschätzt. Für die konkreten Umsetzungen werden – je nach Ausgestaltung der definitiven Lösungen – Kreditanträge beim ausgabekompetenten Gremium erforderlich sein.

#### **Antrag**

1. Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats zum Postulat Fraktion BDP/CVP (Michael Daphinoff, CVP/Martin Schneider, BDP): Fördermassnahmen für mehr Elektromobilität in Bern; Fristverlängerung Punkt 3.
2. Er stimmt einer Fristverlängerung zur Vorlage des Prüfungsberichts bis 30. Juni 2020 zu.

Bern, 23. Januar 2019

Der Gemeinderat

<sup>1</sup> - Postulat Fraktion SP (Benno Frauchiger, SP): Elektromobilität für alle – Anwohnerparkplätze mit Stromanschluss ([2018.SR.000023](#)).

- Postulat Fraktion SP/JUSO (Benno Frauchiger, SP): Elektroautos statt Benzinkutschen – auch für MieterInnen von Abstellplätzen ([2017.SR.000007](#)).

- Interfraktionelle Motion GLP/JGLP, BDP/CVP, SP/JUSO, GFL/EVP (Matthias Egli, GLP/Michael Daphinoff, CVP/Benno Frauchiger, SP/Franziska Grossenbacher, GB/Matthias Stürmer, EVP): Elektroautos als Teil der Mobilität in Bern anerkennen und geeignete Anreize schaffen ([2018.SR.000049](#)).